

Pressemitteilung

09.07.2015

**Wohnungseinbrüche im Landkreis Cuxhaven:
Anfrage der CDU-Landtagsabgeordneten Astrid Vockert
„Geringe Aufklärungsquote ist besorgniserregend“**

Die steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen im Landkreis Cuxhaven lässt bei der CDU-Landtagsabgeordneten Astrid Vockert die Alarmglocken schrillen. „Die Bevölkerung ist in großer Sorge“, hat die Schiffdorferin erfahren. Deshalb hat sich die Politikerin mit einer Anfrage an die Landesregierung gewandt – und nun eine Antwort bekommen.

Den Angaben des Innenministeriums zufolge kletterte die Zahl der bekannt gewordenen Fälle im Landkreis Cuxhaven von 335 im Jahre 2010 auf 464 im vergangenen Jahr. Ein vorläufiger Höhepunkt war 2012 mit 483 Fällen erreicht. Ein Jahr später waren es zwar 21 weniger, aber 2014 war die Tendenz wieder steigend.

„Besonders besorgniserregend ist die geringe Aufklärungsquote“, bewertet Astrid Vockert das Zahlenmaterial. So wurden von den 462 im Jahre 2013 erfassten Straftaten lediglich 105 aufgeklärt, und von den 464 des vergangenen Jahres waren es lediglich 111.

Mit großem Abstand wurden die meisten Einbrüche in der Stadt Cuxhaven erfasst. Hier waren es 146 (2013: 101), von denen 31 (2013: 18) aufgeklärt wurden.

An zweiter Stelle der Tabelle ist die jetzige Stadt Geestland zu finden: 66 Fälle (2013: 90) wurden bekannt, 10 (2013: 9) aufgeklärt. Dritter in der Rangliste ist die jetzige Samtgemeinde Land Hadeln mit 44 Fällen (2013: 23). Aufgeklärt wurden 15 (2013: 8).

Den vierten Platz nehmen die jetzige Einheitsgemeinde Beverstedt und die Einheitsgemeinde Loxstedt ein: In der Gemeinde Beverstedt stehen 41 Einbrüchen (2013: 40) 13 aufgeklärte Fälle (2013: 9) gegenüber. In der Gemeinde Loxstedt waren es ebenfalls 41 Fälle (2013: 48). In neun Fällen (2013: 17) blieben die Täter nicht im Dunkeln.

In ihrer Anfrage an die Landesregierung hatte sich Astrid Vockert auch nach der personellen Besetzung der Polizeidienststellen im Landkreis Cuxhaven erkundigt und sich über eine mögliche Aufstockung informiert. Diese ist allerdings laut Innenministerium nicht vorgesehen.

„Das zu Grunde liegende Berechnungsmodell sollte überdacht werden und darüber hinaus gilt es auch, die Personalstärke insgesamt anzuheben“, fordert Astrid Vockert.

In ihrer Antwort auf die Anfrage geht das Innenministerium ferner ausführlich auf verschiedene Maßnahmen zur Verbrechensvorbeugung ein. So sollen unter anderem ab Herbst dieses Jahres separate Fördermittel zum Einbau von einbruchhemmenden Türen, Fenstern oder Alarmanlagen beantragt werden können. Hierbei handelt es sich um ein Förderprogramm des Bundes.

Kommentar von Astrid Vockert: „Präventionsmaßnahmen sind unverzichtbar und sollten ausgebaut werden. Da sollte sich auch das Land entsprechend einbringen. Es muss doch auch darüber nachgedacht werden, wie diese Maßnahmen zur Vorbeugung am besten kommuniziert werden können und wo man Anträge stellen kann.“ Hier könnten auch zum Beispiel Vereine/Verbände einbezogen und der Zusammenhalt im ländlichen Raum stärker genutzt werden, um die bestehenden Risiken zu verdeutlichen.